



Regierungsratsbeschluss vom 10. Februar 2026

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK; Neues Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen; Vernehmlassung

P251741

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst im Rahmen der Vernehmlassung das neue Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen, da es die Rechte der Nutzenden durch mehr Transparenz und Meldeverfahren für verbotene Inhalte und damit die Meinungs- und Informationsfreiheit stärkt. Anpassungen werden insbesondere bei KI-generierten Inhalten, bei der Geldspielprävention und beim Kindes- und Jugendschutz angeregt.

